

„Wir haben uns in den Einnahmen getäuscht“ – Le Maire rechnet mit Macron ab



Von **Martina Meister**
Korrespondentin in Paris

Veröffentlicht am 14.11.2025 | Lesedauer: 5 Minuten



Bruno Le Maire (l.) und Emmanuel Macron im Juli 2024

Quelle: picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Ludovic Marin

Frankreich steht finanziell und politisch vor dem Abgrund, ein Ausweg ist nicht in Sicht. Nun ist eine Debatte darüber entbrannt, wer die Schuld für das Debakel trägt – und Ex-Minister Bruno Le Maire erhebt schwere Vorwürfe gegen Präsident Emmanuel Macron.

Mehr als sieben Jahre lang war Bruno Le Maire Frankreichs Superminister für Finanzen, Wirtschaft und Industrie. Nach der Auflösung der Nationalversammlung schied er im September 2024 aus dem Amt und hinterließ Rekordschulden. Auf 3416 Milliarden Euro ist der [Schuldenberg \(https://www.welt.de/politik/ausland/article68c557077ecf6b1bfe3e3be5/Frankreich-Mitten-in-der-Haushaltskrise-Bonitaet-herabgestuft.html\)](https://www.welt.de/politik/ausland/article68c557077ecf6b1bfe3e3be5/Frankreich-Mitten-in-der-Haushaltskrise-Bonitaet-herabgestuft.html) angewachsen, 1135 Milliarden mehr als bei Amtsantritt von Emmanuel Macron 2017.

Als „Mann mit den 1000 Milliarden Schulden“ wird Le Maire deshalb von seinem ehemaligen Parteikollegen Bruno Retailleau spöttisch bezeichnet. Aber ist Le Maire schuld an Frankreichs Schulden – oder ist er nur der passende Sündenbock, hinter dem sich Präsident Macron verstecken kann?

Für den 56-jährigen Le Maire, der heute an einer Schweizer Universität unterrichtet und den Halbleiterkonzern ASML berät, geht es um die Ehre. Für [Macron \(https://www.welt.de/themen/emmanuel-macron/\)](https://www.welt.de/themen/emmanuel-macron/) um sehr viel mehr: die Bilanz eines Präsidenten, der als Retter der Europäischen Union auftrat, der, weil er Ex-Banker war, als „Mozart der Finanzen“ gefeiert wurde, und nach zehn Jahren im Amt ein finanziell und politisch ruiniertes Frankreich hinterlassen wird.

Le Maire jedenfalls will diese Anschuldigung nicht auf sich sitzen lassen. Nachdem er sich seit seinem Rücktritt ein Jahr lang in der Öffentlichkeit zurückgehalten und keine Interviews gegeben hat, geht er jetzt in die Offensive und greift Staatspräsident Macron an.

In diesen Tagen hat der ehemalige Superminister einen Brief veröffentlicht, den er am 4. April 2024 an Macron adressiert hatte. Oben links steht in roten Buchstaben „SECRET“, vertraulich. Es folgt ein in sechs Punkte gegliedertes Schreiben, in dem der ehemalige Minister dem Präsidenten die Lage erläutert und eindringlich davor warnt, dass Frankreichs Schulden aus dem Ruder laufen.

In seinem Brief führt Le Maire aus, dass die Steuereinnahmen niedriger als erwartet seien. Ihr Rückgang im Jahr 2023 habe Frankreichs Defizit auf 5,5 Prozent wachsen lassen, nicht wie erwartet auf 4,9 Prozent. „Wir haben sofort reagiert und für 2024 Kreditkürzungen in Höhe von zehn Milliarden Euro vorgeschlagen“, schreibt Le Maire in seinem Brief.

Er fordert zu diesem Zeitpunkt ein Nachtragshaushaltsgesetz. Aber zwei Monate vor den Europawahlen, bei denen Macrons Partei eine [historische Wahlschlappe \(https://www.welt.de/politik/ausland/article251912570/EU-Wahl-2024-Das-Erfolgsrezept-der-franzoesischen-Europagegner.html\)](https://www.welt.de/politik/ausland/article251912570/EU-Wahl-2024-Das-Erfolgsrezept-der-franzoesischen-Europagegner.html) vorausgesagt wurde, hatte der Präsident kein Interesse daran, die Wähler mit Finanzsorgen zu beunruhigen oder gar Fehler einzugestehen.

Als die Niederlage dann wie vorausgesagt eintraf, löste Macron die Nationalversammlung auf und setzte Neuwahlen an. Das Ergebnis ist bekannt. Frankreich befindet sich seither in einer politischen Krise und das Parlament mangels klarer Mehrheiten in einer Sackgasse.

Seit Wochen verhandeln die Abgeordneten über den Haushalt für kommendes Jahr, der, sollte er wider Erwarten eine Mehrheit finden, kein schmerzhafter Sparhaushalt sein wird und die zweitgrößte Volkswirtschaft Europas noch tiefer in die Schuldenfalle hineinreiten wird.

Die 2023 mit Mühen durchgesetzte Rentenreform haben die Abgeordneten am Mittwochabend bereits ausgesetzt (<https://www.welt.de/politik/ausland/article6914df870407e2fef73cac0e/frankreich-setzt-rentenreform-bis-2027-aus-sozialisten-und-gruene-stimmen-mit-rechtspopulisten.html>) . Sollte der Senat folgen, würde das allein im nächsten Jahr 300 Millionen und in zwei Jahren 1,9 Milliarden Euro kosten.

Frankreich am Scheideweg

Wer aber trägt die Verantwortung für die katastrophale Schuldenbilanz Frankreichs – Macron oder sein langjähriger Superminister? In einem einstündigen Interview im öffentlichen Fernsehen stand Le Maire jetzt Rede und Antwort.

Auf die Frage, wie man sich im Finanzministerium in Bercy derart habe verrechnen können, dass im vergangenen Jahr 42 Milliarden Euro weniger als erwartet in die Staatskasse flossen, erwiderte Le Maire: „Ich hätte darauf auch gern eine Antwort (...), aber ich habe sie nicht. Ich gebe mit sehr viel Demut zu: Wir haben uns in den Einnahmen getäuscht. Und wie. Big time“, so der Ex-Minister, Englisch im Original.

Die französischen Medien haben Le Maires Brief zum journalistischen Scoop hochgezogen. Aber so ganz geheim war seine Warnung im Frühjahr vergangenen Jahres nicht. In dieser Zeitung wurde Le Maire drei Tage vor Versenden seines geheimen Schreibens mit den Worten zitiert, dass Frankreich am Scheideweg stünde und seine Ausgaben unbedingt drastisch reduzieren müsse.

WELT schrieb damals, Le Maire stimme die französische Öffentlichkeit seit Wochen auf eine Wende ein. Der Ex-Minister ging zu diesem Zeitpunkt davon aus, dass dies ohne Steuererhöhungen (<https://www.welt.de/politik/ausland/article690508c4df9fa029228ef85a/frankreich-mehrheit-rechts-der-mitte-kippt-plaene-fuer-vermoegensteuer-fuer-superreiche.html>) möglich sei. „Es ist der Staat, der den Gürtel enger schnallen wird“, sagte er damals.

Nach Le Maires Darstellung habe Macron auf den Vorschlag eines Nachtragshaushaltes mit der Aussage reagiert, daran habe er kein Interesse. Auch im Ministerrat habe man auf seine Warnungen mit zynischem Lächeln reagiert, so Le Maire. Er kritisiert heute die „französische Schuldenkultur“, das „kollektive Versagen“ und die „Heuchelei der gesamten politischen Klasse“.

Realitätsverweigerung der Politik

Anrechnen muss man Le Maire, dass er die gravierenden Berechnungsfehler seines Ministeriums nicht kaschierte und, wie er vorrechnet, im ersten Halbjahr 2024 bis zu den Neuwahlen rund 30 Milliarden Euro eingespart hat. Danach habe es keinen politischen Willen mehr gegeben, die Sinkfahrt zu stoppen.

Vorwerfen muss man ihm, dass er nach Macrons Verweigerung, einzugreifen, nicht zurückgetreten ist. „Man tritt nicht zurück, weil man eine einzelne Entscheidung verloren hat, wenn man grundsätzlich dasselbe Ziel vor Augen hat“, begründet er im Nachhinein sein Verweilen im Amt.

Le Marie ist ein Politiker alter Schule. Er zitiert gern den Dichter Rilke im Original, spricht neben Deutsch und Englisch auch Italienisch und war in den vielen Jahren als Berufspolitiker ein vehementer Verfechter der Europäischen Union. Jetzt kritisiert er den Euro (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus68fca197fcf35fc6883of2cc/an-frankreich-kann-der-euro-scheitern.html>), der auf die Franzosen die Wirkung eines „Betäubungsmittels“ habe, weil er dabei helfe, die Augen vor den Fakten zu verschließen.

An der derzeitigen Haushaltsdebatte im Parlament kann man ablesen, wie hartnäckig die Realitätsverweigerung der französischen Politikerklasse weiterhin funktioniert. Die Entscheidung darüber, ob die Franzosen wirklich die einzigen Europäer sind, die weiterhin mit 62 in Renten gehen können, ist auf den Präsidentschaftswahlkampf 2027 vertagt worden.

Aber wird jemand die Wahl gewinnen können, der den Franzosen die Wahrheit zumutet? Le Maire verteilt die „Ehrennadel der Heuchelei“ an alle, die behaupten, die Schulden reduzieren zu wollen, ohne den fettesten Haushaltsposten infrage zu stellen: die Sozialausgaben für Gesundheit und Rente.

Martina Meister (<https://www.welt.de/autor/martina-meister/>) ***berichtet im Auftrag von WELT seit 2015 als freie Korrespondentin in Paris über die französische Politik.***

© PREMIUM-GRUPPE GmbH 2025

Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung –
so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <https://epaper.welt.de>